26.9.2013 - Süddeutsche Zeitung

Keine Lösung für Weltbild-Verlag

Bischöfe streiten weiter über Zukunft des Unternehmens

Fulda – Im Streit um die Zukunft der Weltbild-Verlagsgruppe haben die katholischen Deutschen Bischöfe in Fulda keine Lösung gefunden. Die Gesellschafter hätten sich „intensiv und differenziert mit der aktuellen Problemlage um die Verlagsgruppe beschäftigt“, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, der Münchner Generalvikar Peter Beer, nach der mehrstündigen Beratung der Gesellschafter. Man bemühen sich „um eine Lösung für den Fortbestand des Unternehmens“; entsprechende Schritte und ein Zeitplan seien besprochen worden. Der Aufsichtsrat sei beauftragt, die Schritte und den Zeitplan umzusetzen. Die Bischöfe seien sich „der Verantwortung bewusst, die sie zusammen mit dem Unternehmen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben.“

Die Verlagsgruppe (Weltbild, Hugendubel, Jokers, Droemer-Knaur) mit Sitz in Augsburg hat 6800 Beschäftigten und einem Umsatz von 1,59 Milliarden Euro. Sie gehört zwölf Bistümern, dem Militärbischofsamt und dem Verband der Diözesen Deutschlands (VDD). Der Verlag macht, nach Jahren des Gewinns, zur Zeit Verlust. Weil es Kritik am Verlagsprogramm gab, das auch Erotik- und Esoterikliteratur umfasste, hatten die Bischöfe 2011 den Verkauf des Unternehmens beschlossen. Auf die Proteste der Belegschaft hin, die eine Zerschlagung des Unternehmens und Entlassungen fürchten, hatten sich die Bischöfe 2012 darauf geeinigt, ihre Anteile in eine Stiftung zu überführen. Dabei wollten jedoch vier Bistümer nun nicht mehr mitmachen. In Beers Statement war nun von dieser Stiftungslösung nicht mehr die Rede. Auf Nachfrage, ob nach wie vor ein Verkauf der Weltbild-Gruppe möglich sei, sagte der Generalvikar, dass man sich der Verantwortung für die Belegschaft bewusst sei.

Besorgt sind die Bischöfe angesichts der Lage der Zivilbevölkerung in Syrien. Sie rufen Deutschland und die übrigen europäischen Länder auf, mehr Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen. In Deutschland sollten es auf jeden Fall „mehr als die 5000 sein, die nun nach Deutschland kommen“, sagte der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle, der Flüchtlingsbeauftragte der Bischofskonferenz. Trelle betonte, dass die Kirchen sich nicht für eine privilegierte Aufnahme von christlichen Flüchtlingen stark machten, sondern für alle Menschen aus dem umkämpften Land, die Schutz bräuchten.

Der Trierer Bischof Stephan Ackermann sprach sich noch einmal gegen ein militärisches Eingreifen in Syrien aus. Dies berge „unkalkulierbare Risiken“ und diene nicht dem „gerechten Frieden“. Die Bundesregierung solle sich „aktiv in den Prozess der Kontrolle der syrischen Giftgas-Bestände“ einschalten. Auch der Einsatz deutscher Soldaten bei der Sicherung der Chemiewaffen-Arsenale dürfe, bei einem klaren UN-Mandat, „kein Tabu“ sein.

Am Rande der Bischofskonferenz haben mehr als 100 katholische Reformgruppen aus aller Welt in einem gemeinsamen Appell mehr Mitbestimmung in ihrer Kirche gefordert. Papst Franziskus und die Kardinäle sollten häufiger einfache Priester, Ordensleute und Laien an Entscheidungen beteiligen, auch an der Auswahl von Bischöfen. Dialog solle eine autoritäre Herrschaftsausübung ersetzen. Die Initiative „Wir sind Kirche“ warf den Bischöfen vor, Frauen zu diskriminieren, weil sie nicht zu Weiheämtern zugelassen und bei der Besetzung von Führungsposition vernachlässigt würden. Die Oberhirten schlügen bei der Diskussion über das Thema nur „theologische Pirouetten“, sagte Sprecherin Elfriede Harth.

Matthias Kopp, der Sprecher der Bischofskonferenz, nannte die Initiative „überflüssig“. Der Vorwurf,

die Bischöfe diskriminierten Frauen, sei fern der Realität.

MATTHIAS DROBINSKI
Zuletzt geändert am 18.01.2014